

ARCHIVNÍ A ST: DJNÍ ODBOR

Došlo 110-41 377

Čj. _____

Přílohy 46 listů 42

44 nov. 12. 6. 2008
Mach

110

38F

2a

3650

15. MRZ. 1944

5

Prag, 22.3.44.

Urschriftlich an den

Chef des Ministeramts
des Deutschen Staatsministeriums
für Böhmen und Mähren

W-Standartenführer Ministerialrat Dr. G i
Prag

nach Kenntnisaufnahme zurückgesandt.

in. [Signature]

88126



Prag, den 28. Mai 1943.

3

Herrn Fischer.

In Sachen Gewerbelenkung in Böhmen und Mähren teile ich im Nachgang zu der hies. Zuschrift vom 21.1.43. - Zeichen St.S. IV M - 8/43 mit, daß mit dem Eingang der Gutachten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Ich schlage deshalb vor, die weitere Bearbeitung der Angelegenheit als nicht kriegswichtig zurückzustellen, und bitte um Ihre Zustimmung.

Büro des Staatssekretärs
- 3. JUNI 1943

U r s c h r i f t l i c h

an
H-Obersturnbannführer
Ministerialrat Dr. G i e s
zurückgesandt.

Gegen die Zurückstellung der Angelegenheit habe ich keine Bedenken.

Prag, den 2.6.1943.



St.S. IV M - 8 a/43

Prag, den 28. Mai 1943. 4

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Fischer.

In Sachen Gewerbelenkung in Böhmen und Mähren teile ich im Nachgang zu der hies. Zuschrift vom 21.1.d.Js. - Zeichen St.S. IV M - 8/43 mit, daß mit dem Eingang der Gutachten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Ich schlage deshalb vor, die weitere Bearbeitung der Angelegenheit als nicht kriegswichtig zurückzustellen, und bitte um Ihre Zustimmung.

2.) Wv. am 28.6.1943 bei dem Unterzeichner. 15188

Sicherheitsdienst des Reichsführers- H
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch,
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

26. März 1943

Telefon Zentral: Czerna 773-51.

III - SA 324 / 1

An den
Persönlichen Referenten
des Herrn Staatssekretärs
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
 $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer Dr. G i e s,
P r a g

Betr.: Gewerbelenkung in Böhmen und Mähren.

Vorg.: Dort: St.S. IV M - 8/43 vom 21.1.43.

Anlg.: 3.

Der von dort überlassene Vorgang wurde in Abschrift bezw. Fotokopie dem Reichssicherheitshauptamt mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Bisher traf von dort noch keine Antwort ein.

In einer mündlichen Rücksprache mit $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Dr. Ehlich wurde die Frage angeschnitten; dabei erwähnte $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Dr. Ehlich, daß zurzeit keine Möglichkeit bestehe, eingehend zu dem Vorgang Stellung zu nehmen, da es an eingearbeiteten Sachkennern auf diesem Gebiet fehle. Die ganze Frage, deren Lösung zurzeit kaum in Angriff genommen werden könnte, sei deshalb zweckmässigerweise bis auf weiteres zurückzustellen.

Für den SD-Leitabschnitt Prag gilt das gleiche. Von hier aus können zu den Plänen der Gruppe Raumordnung des Reichsprotectors keine Ergänzungen gegeben werden; soweit sich beurteilen läßt, sind die Erläuterungen der Gruppe Raumordnung völlig stichhaltig und zutreffend.

5.70
[Handwritten signature]

IV M - 82 / 43

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
Nr. I 8 RO 1980/201/00

Prag, den 6. August. 1942.

6

Betrifft: Gewerbelenkung in Böhmen und Mähren.

1.) V e r m e r k :

Durch den vorbezeichneten Erlass der Reichsstelle für Raumordnung ist für die Landesplanungsgemeinschaften im Altreich, in den Alpen- und Donaugauen, im Gau Sudetenland sowie den eingegliederten Ostgebieten die Aufstellung von Gewerbelenkungsplänen angeordnet worden, deren Zusammenfassung ein Bild der gegenwärtigen Verteilung der Industrie im deutschen Reichsgebiet zeigen und den Wirtschaftsressorts Anhaltspunkte für den Ansatz neuer Industrien geben soll. In einer mündlichen Besprechung mit Herrn Dr. P u t t k a m m e r von der Reichsstelle für Raumordnung in Berlin am 14.7.42 ist die Einbeziehung des Protektorates Böhmen und Mähren in diesen Plan dringend erwünscht bezeichnet worden.

2.) A n d e n

Herrn Leiter der Reichsstelle
für Raumordnung
in B e r l i n W.8
Leipziger Str.3.

Betrifft: Gewerbelenkung in Böhmen und Mähren

Bezug: Ihr Schr.v.9.12.41 - RfR 4805/41

1 Anlage

In der Anlage übersende ich Ihnen einen Gewerbelenkungsplan für das Protektorat Böhmen und Mähren und bemerke hierzug:
Die Gewerbelenkung im Protektorat Böhmen und Mähren muss ebenso wie alle anderen Massnahmen in diesem Raum sich der Volkstumspolitik einordnen. Da in absehbarer Zeit deutsche Arbeitskräfte nur im beschränkten Umfange zur Verfügung stehen werden, so bedeute jede Stärkung des Gewerbes eine Verdichtung der tschechischen Bevölkerung in diesem Raum. Dies ist in bestimmten Gebieten des Landes unerwünscht und hierauf musste bei der Aufstellung des Planes Rücksicht genommen werden. Es ist ferner darauf hinzuweisen, dass Böhmen und Mähren schon in einem verhältnismässig frühen Stadium stark industriellisiert war, was in dem Verhältnis von Landwirtschaft

6a
zu Industrie (1 : 2) und in der relativ dichten Besiedlung mit durchschnittlich 150 Menschen auf 1 km² zum Ausdruck kommt.

Im einzelnen ist zur Erläuterung der Karte zu sagen:

1.) Aufnahmeräume.

Mit dem Bau des Elbe-Oder-Kanals entstehen durch die verkehrstechnische Erschliessung der anliegenden Gebiete zwangsläufig neue Industrielandschaften, die sich bandförmig von Raudnitz bis Königgrätz in Böhmen und von Olmütz bis Göding in Mähren durchs Land ziehen.

2.) Ergänzungsräume.

Diese bereits mit Industrie durchsetzten Gebiete kommen insoweit für die Neuansetzung weiterer Industrien in Betracht, als dies eine gesunde Weiterentwicklung dieser Räume darstellt. Es sind dies hauptsächlich die Gebiete, die eine natürliche Rohstoffbasis haben bzw. alle übrigen natürlichen Voraussetzungen für eine Industrie besitzen.

3.) Aufbauräume.

Die unter dieser Signatur ausgewiesenen Landschaften fallen bereits unter die volkstumpolitisch wichtigen Schlüsselstellungen wie das nordböhmische Glas- und Edelsteinschleifereigebiet und die deutschen Sprachinseln von Budweis und Iglau. Im ersteren Falle handelt es sich um ein Gebiet mit hochqualifizierten Arbeitskräften, die zweckmässigerweise im Produktionsprozess erhalten bleiben. Als Sudetenvorland ist aber gerade dieser Raum ein Gebiet des Volkstumskampfes, deshalb muss hier ein starker tschechischer Volksdruck verhindert werden.

Die Sprachinseln Budweis und Iglau unterliegen gleichfalls einem ständigen Druck des umliegenden tschechischen Volkstums. Die natürlichen Voraussetzungen für eine Industrialisierung sind in diesen beiden Gebieten überdies nicht sehr günstig. Die wirtschaftliche Belebung, die diese Räume benötigen, bedarf daher ~~einer~~ besonders sorgfältigen Planung.

Aus diesen Erwägungen heraus wurden daher diese Räume als Aufbauräume ausgewiesen, d.h. als Gebiete qualifiziert, in denen eine Ansetzung von Grossbetrieben auf keinen Fall in Frage kommt, die aber für Klein- und Mittelbetriebe mit möglichst starkem deutschen Einfluss in Frage kommen.

4.) Ballungsräume.

Die Industriezentren von Prag, Pilsen, Kladno, Brünn und Mähr. Ostrau sind heute bereits übersättigte Räume. Hier muss eine

eine Auflockerung und teilweise Verlagerung der vorhandenen Industrien erfolgen.

5.) Sperrgebiete.

Diese Räume sind industriell übersetzt oder dürfen aus volkstumspolitischen Räumen nicht weiter industriell verdichtet werden. Im ersteren Fall handelt es sich um das nordböhmische Textilgebiet, dessen überwiegend einseitige Entwicklung auf der Basis der Textilindustrie zu einer Krisenempfindlichkeit sehr starken Ausmasses geführt hat. Obwohl dieser Raum als einseitig entwickeltes Industriegebiet in die Gruppe der Umbauräume gehören würde, muss von einer industriellen Umschichtung abgesehen werden, damit das dort besonders hartnäckig sitzende Tschechentum zur Abwanderung gezwungen wird, um damit den Druck der deutschen Volkstumsgrenze zu verstärken. Unter den gleichen Gesichtspunkten wurden die Sperrgebiete in Westböhmen ausgewiesen.

Unabhängig von den vorgenannten Erwägungen bleiben die sonstigen Standortfaktoren, insbesondere die Fragen der Wasser- und Energiebeschaffung.

Bei der Ansetzung neuer Industrien in Böhmen und Mähren ist die Frage der Wasser- und Energiebeschaffung besonders eingehend zu prüfen. Industrien mit grösserem Wasserbedarf oder besonderen Ansprüchen an die Qualität des Wassers sowie solche, die eine Verschmutzung der Vorfluter durch schädigende Abwässer herbeiführen, kommen für Böhmen und Mähren nicht in Betracht. Das Protektorat ist von Natur ein wasserarmes Land. Die Wasserläufe sind entsprechend der Lage im Bereich der Hauptwasserscheide zwischen Nordsee und Donau relativ wasserarm. Die Planung umfangreicher Stauräume in der Moldau und deren Nachbarflüssen setzt voraus, dass das Wasser in keiner Weise verunreinigt wird. Aus diesem Grunde wurde das Einzugsgebiet der Moldau als Wasserschutzgebiet bezeichnet. In der Wittingauer Senke verlangt dies auch die Rücksichtnahme auf die umfangreiche Fischzucht. An der Elbe und March, die in Trockenzeiten auf eine Wasserführung von 4 - 5 cbm/sec zurückgehen, verbietet die niedrige Wasserführung die Anlage neuer Industrie mit grösserem Wasserbedarf.

Noch schwieriger gestaltet sich die Versorgung neuer Industrien mit elektrischer Energie. Der Energieverbrauch der vorhandenen Industriebetriebe übersteigt bei weitem die einheimische Elektrizitätserzeugung und kann nur durch Einfuhr von Strom aus dem sudetendeutschen

4a

schen Braunkohlenrevier gedeckt werden. Eine Besserung der energiewirtschaftlichen Lage ist erst dann zu erwarten, wenn neue Kraftwerke auf der Grundlage der in Böhmen und Mähren vorhandenen Kohlenlager und Wasserkräfte ausgebaut sind.

Die gute Aufschliessung des Landes durch Eisenbahn und Strasse lässt eine flächenhafte Verbreitung der Industrie zu. Es darf jedoch nicht verkannt werden, dass die vielfach eingleisigen Bahnen nur im beschränkten Umfange neue grosse Transportleistungen aufnehmen können. Erst der Ausbau der geplanten Wasserstrassen wird die Beförderung von Wassergütern wesentlich erleichtern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass für das Protektorat Böhmen und Mähren vor allem die Ansiedlung arbeitsintensiver Industrien, d.h. verarbeitender bzw. Veredlungsindustrie in Betracht kommt, für die im beträchtlichen Umfange Arbeitskräfte, jedoch nur in beschränkter Masse Rohstoffe, Wasser und Energie, zur Verfügung stehen.

Im Auftrag:

3.) Vor Abgang

Herrn Staatssekretär
über Herrn Abteilungsleiter I -

mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

4.) Zda.



88121

Abschrift!

8

Der Leiter der Reichsstelle
für Raumordnung
RfR 4805/41

Berlin, den 19. Dezember 1941.

An die

- a) Herren Vorsitzenden der Landesplanungsgemeinschaften,
- b) Herren Reichsstatthalter in Wien, Danzig-Westpreussen
und im Warthegau als Planungsbehörden,
- c) nachrichtlich:

An den

Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
P r a g

Betr.: Gewebelenkung.

Bezug: Mein Runderlass 2409/41 vom 21. Juli 1941.

2 Anlagen.

Um für die Standortlenkung einen Ueberblick über das Reichsgebiet zu gewinnen, beabsichtige ich, Karten im Maßstab 1 : 500.000 anzulegen. Aus diesen soll ersichtlich sein, welche Gebiete zur Aufnahme von Industrie geeignet sind. Als Vorarbeit hierzu reichen die mit dem Runderlass 2409/41 angeforderten Unterlagen noch nicht aus. Ich bitte daher, an Hand der folgenden Richtlinien einen Plan herzustellen und mir zu übersenden.

Einzutragen sind Aufnahmeräume und Sperr-Räume, und zwar nach folgender Einteilung:

A. Aufnahmeräume sind Gebiete, in denen unter bestimmten Voraussetzungen Industrie angesetzt werden kann.

I. Aufbauräume, dargestellt durch senkrechte unterbrochene Striche.

Als Aufbauräume werden Gebiete bezeichnet, die unentwickelt sind oder nur schwache gewerbliche Anätze aufweisen und deren industrielle Durchsetzung notwendig ist;

II. Ausbauräume, dargestellt durch senkrechte Striche. Ausbauräume sind unterentwickelte Räume mit bereits vorhandenem Gewerbe, deren Ausbau und Anreicherung erwünscht ist;

III. Gesättigte Räume, und zwar

- a) Umbauräume, das sind unausgeglichene Räume mit besonderen strukturellen Mängeln (z.B. einseitige Gewerbestruktur mit Ueberwiegen der Frauenarbeit, Uebersetzung, Konjunkturabhängigkeit u.a.), deren struktureller Umbau notwendig ist, ohne

dass

8a

dass dabei eine Erhöhung der Gesamtzahl der gewerblichen Arbeitskräfte erfolgt; dargestellt durch senkrechte Striche und wagerechte Linien in grösserem Abstand;

- b) Ergänzungsräume, das sind ausgeglichene, also wirtschaftlich gesunde Räume ohne besondere strukturelle Mängel, deren organische Weiterentwicklung aus sich heraus noch möglich ist; dargestellt durch wagerechte und senkrechte Striche in gleichen Abständen.

Die Eintragungen bitte ich, auf beiliegendem Plan Ihres Planungsgebiets (Maßstab 1 : 500.000) vorzunehmen. Die Anordnungsart ist aus der ebenfalls angefügten Karte von Niederschlesien zu ersehen, die als Muster gelten kann. Ich bitte, die Zeichen jedoch statt in schwarzer in roter Farbe einzusetzen.

- B. Sperr-Räume. Das sind Gebiete, in denen das Ansetzen von Gewerbe unerwünscht ist. Sie werden durch farbige Eintragungen kenntlich gemacht, und zwar nach folgender Unterscheidung:
- I. Ballungsräume. Das sind gewerblich übersetzte Gebiete, in denen der Zuzug neuer und die Ausweitung vorhandener Betriebe unerwünscht ist bzw. aus denen Unternehmungen auszusiedeln sind. Kennzeichnung: volle rote Fläche.
- II. Landwirtschaftliche Schutzgebiete. Das sind Gebiete mit hochwertigem bis gutem Ackerboden oder mit gesunder bäuerlicher Struktur; hier ist nur zur Landwirtschaft gehöriges Gewerbe, landwirtschaftliches Veredelungsgewerbe und der Abbau von Lagerstätten zuzulassen. Farbkennzeichnung: eine leichte gelbe Erdton-Farbe;
- III. Waldgebiete, in denen nur holzbearbeitendes und holzverarbeitendes Gewerbe einschliesslich Holzchemie sowie der Abbau von Lagerstätten zugelassen ist; dargestellt durch ein helles Grün.
- IV. Natur-, Landschaftsschutz-, Fremdenverkehrs- und Erholungsgebiete. Das sind Räume, bei denen entweder die für Schutzgebiete geltenden Vorschriften zu beachten sind oder in denen die der Erholung dienenden Einrichtungen zu schaffen bzw. auszubauen sind; dargestellt durch eine intensive grüne Färbung.
- V. Sonstige Schutzgebiete. Z.B. Wasserschutzgebiete (Talsperren, Quellgebiete, Trinkwasserversorgungsgebiete, Fischteiche usw.). Hier sind nur Gewerbe ohne bzw. mit nur geringem Wasserbedarf und ohne Abwasseranfall zugelassen; ferner Bergbaugebiete, in denen nur Gewerbeanlagen von beschränktem Flächenumfang von Fall zu Fall zugelassen sind, und andere.

Kennzeichnung durch graue Farbe.

Ich bitte, die Berichte so abzusenden, dass mir die ausgefüllten Pläne am 1. März 1942 vorliegen.

Im Auftrage
gez. Dr. Jarmer

Beglaubigt:
gez. Unterschrift



88120

I 8 RO

Herrn
Ministerialrat Dr. G i e s
im H a u s e

Anfang August hatte ich dem Herrn Staatssekretär ein Schreiben an die Reichsstelle für Raumordnung betreffend Gewerbelenkung im Raum Böhmen und Mähren vorgelegt. Ich bin von der Reichsstelle wiederholt, zuletzt bei der Planerbesprechung vom 14. - 16. Dezember, an die Angelegenheit erinnert worden und bitte Sie, die Entscheidung des Herrn Staatssekretärs herbeizuführen.

Höpper

01183

Böhmen u. Mähren



Mähren

1911



Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren
Gruppe Raumordnung

10

Ein schreiben!

21188²¹ⁿ



oder Vertreter in

Frei durch Ablösung Reich!



Nr.

Prag, den 21. Januar 1943.

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen :

22. 1. 1943
M

a.) Herrn Fischer.

Den dort. Vorgang in Sachen Gewerbelenkung in Böhmen und Mähren sende ich nach Abschriftnahme zurück. Die zur Sache eingeholten Gutachten liegen noch nicht vor. Desungeachtet kann der dort. Entwurf vom 6.8.v.Js. - Zeichen I 8 RO 1980/201/00 ausgefertigt werden. Sobald dem Herrn Staatssekretär das Ergebnis der Gutachten vorgetragen den ist, erhalten Sie eine weitere Nachricht.

01138

b.)

Prag, den 21. Januar 1943.

22
1003
112
b) W-Sturmbannführer Jacobi.

Den angeschlossenen Vorgang, der bereits W-Obersturmbannführer Fischer vorgelegen hat, übersende ich gegen Rückgabe zur Kenntnis. Die in dem Vorgang behandelte Frage erscheint für die Volkstumspolitik in Böhmen und Mähren so bedeutsam, daß ich Sie bitten möchte, die Angelegenheit sowohl von der dort. Dienststelle als auch vom Reichssicherheitshauptamt bearbeiten zu lassen und mir alsdann zum Vortrag bei W-Gruppenführer Frank die Stellungnahme der einen wie der anderen Dienststelle mitzuteilen. Für die baldgefällige Übermittlung der Stellungnahme bin ich zu Dank verbunden.

61188
W-Obersturmbannführer.

2.) w. am 21.2.1943 bei dem Unterzeichner.

Prag, den 2. September 1944

St.M. IV M - 4d /43

AB

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen :

W-Brigadeführer Opländer

Ich beziehe mich auf die dortige Zuschrift vom 11. Juni 1943 - Az. 11 b 10/18.5.43/ Ko/K - und bemerke, dass es sich in der Angelegenheit nicht um den W-Untersturmführer Dr. Hans Kohl, sondern um den am 1.4.1901 in Barmen geborenen W-Oberscharführer Karl Kohl, Mährisch-Ostrau, Hauptstrasse 18, handelt. Ich wiederhole meine Anfrage vom 4.3.1943 - St.M. IV M - 4 b/43- und wäre sehr verbunden, wenn ich bald eine Antwort erhalten würde.

W-Standartenführer

2.)

Ri. 2. / 9.

St.M. IV M - 4d /43.

Chef des Staatssekretariats
für Rechtsprotektion
in Böhmen und Mähren
Prag, den 12. JUNI 1943
Vorckstrasse 22/24.

W-Abschnitt XXXIX
Az. 11 b 10/18.5.43/ Ke/K.

Prag XIX, den 11. Juni 1943
Vorckstrasse 22/24.

14

Betr.: W-Untersturmführer Dr. Hans K o h l .
Bezug: Dort. Schreiben St.S.IV M - 4c/43 vom 18.5.43.
Anlg.: Keine.

1876

An den
W-Obersturmbannführer Dr. G i e s ,
P r a g IV, Czernin - Palais.

Der Chef des W-Hauptamtes hat mir mitgeteilt, dass das Verfahren gegen den W-Untersturmführer Dr. Hans K o h l bis Kriegsende ausgesetzt wurde, da der Zeuge H ü t t e l sich im Einsatz befindet.
Gegen K. hätten sich in anwaltlicher Beziehung keinerlei begründete Vorwürfe ergeben.
Es bestünden daher nicht nur keine Bedenken gegen seine endgültige Zulassung als Anwalt und seine Bestellung zum Mitglied der Deutschen Rechtsanwaltskammer Prag, sondern die Zulassung und Bestellung wurden vom Chef des W-Hauptamtes sogar angelegentlich befürwortet.
W-Untersturmführer Dr. K o h l wurde inzwischen als Rechtsanwalt beim Deutschen Landesgericht Prag zugelassen und zum Mitglied der Deutschen Rechtsanwaltskammer in Prag berufen.

Der Führer des W-Abschnitts XXXIX

Stenogramm

10. 12. 44

Günther

W-Brigadeführer.

W A - 4 d / 43

Ministeramt.

Prag, den 23. August 1944. 15

St.S. IV M - 4d /43

1.) E n t w u r f.

An die
Abteilung V
im Hause.

Betrifft : W-Oberscharführer K o h l.

Bezug: Schreiben vom 2.2.43 II/1 Jd-227/43

Den angeschlossenen Vorgang sende ich nach Einsichtnahme wieder zurück. Die Angelegenheit kann als erledigt angesehen werden.

Ministerialrat .

2.) Z.d.A.

Ri. 23/8

Sehr geehrte

Leitung

etc.

h

27

8. 44.

Prag, den 18. Mai 1943.

16

d
18. V. 1943

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Brigadeführer Opländer.

In Sachen W-Oberscharführer Kohl beziehe ich mich auf die dort. Zuschrift vom 19.3.d.Js. - Zeichen I/Az.: 18f/19.3.43 und bitte um eine weitere Mitteilung über den Stand der Angelegenheit.



18917

b

W-Obersturmbannführer.

2.) Wv. am 18.6.1943 bei dem Unterzeichner.

W-Abschnitt XXXIX
I/Az.:18f/19.3.43

Prag, den 19. März 1943

Betr.: W-Oberscharführer K o h l
Bezug: Anliegender Vorgang
Anlg.: -1-

An den

W-Obersturmbannführer Dr. G i e s

P r a g IV

Anbei Vorgang K o h l zurück. Ich bin bemüht, Einzelheiten festzustellen und werde Ihnen zu gegebener Zeit berichten.

Der Führer des W-Abschnitts XXXIX

G. G. IV
W-Oberführer

*zum Vorgang.
1. 27/3.43.*

1943

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 19. MRZ. 1943

G. G. IV - 4c/43

St.S. IV M - 4 b/43.

Prag, den 4. März 1943.

18

5. III. 1943

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Oberführer Opländer.

Den angeschlossenen Vorgang übersende ich gegen Rückgabe zur Kenntnis. Ich wäre für eine kurze Mitteilung dankbar, ob von dort detailliertes Material über W-Oberscharführer Kohl vorgelegt werden kann. Die von hier angestellten Ermittlungen sind ergebnislos verlaufen.

10

W-Obersturmbannführer.



2.) Wv. am 4. ^{5.} 1943 bei dem Unterzeichner.

Wiedervorgelegt am ~~4. 5. 43~~

4. 5. 43

01327

6011/7/51.

19

Büro des Gouverneurs
in Böhmen
Eing.: -1. MRZ 1943

Herrn
Ministerialrat Dr. G i e s
im H a u s e .

Betr.: SS-Oberscharführer K o h l.

Bezug: Erlass St. S- IV M - 4/43.

Die jetzt erst abgeschlossenen Ermittlungen haben er -
geben, dass SS-Oberscharführer K o h l weder im Entjudungs -
referat der Abteilung VI als Treuhänder verwandt wurde, noch ~~er~~
als Bewerber für ein jüdisches Unternehmen der gewerblichen
Wirtschaft aufgetreten ist.

Vorgänge über SS-Oberscharführer K o h l sind nicht
vorhanden.



81522

Im Auftrage :

Warko

St. S. IV M - 4 6/43

St.S. IV M - 4 a/43

Prag, den 25. Februar 1943.

25. II. 1943
M

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen :

Herrn Markes.

In Sachen W-Oberscharführer Kohl bitte ich um die Erledigung der hies. Zuschrift vom 12.1.43. - Zeichen St.S. IV M - 4/43.

71843

2.) Wv. am 24.3.1943 bei dem Unterzeichner.

10

Abteilung Wirtschaft
Entjudungsreferat

Prag, den 2. Februar 1943.

21

II/1 Jd - 227/43

Büro des Landespräsidenten
in Brünn
Eing. - 5. FEB. 1943

An das

Büro des Herrn Staatssekretärs
zu Hd. Herrn Ministerialrat Dr. G i e s,
im H a u s e.

Betrifft: A.Z.St.S. IV M - 4/43.
W-Oberscharführer K o h l,

Mit meiner Genehmigung vom 22.8.1941 - II/1 Jd -
18641/41- hat Karl K o h l, Kändler, Kreis Chemnitz,
Jägerstrasse 8, die Firma Siegfried S c h ö n, Textil-
waren, Mähr.-Ostrau im Entjudungswege erworben.

Aus meinem Aktenvorgang ergibt sich, dass
K o h l Angehöriger der Waffen-W war und wegen Verletzung
aus dem Truppenteil ausscheiden mußte. Ich nehme an, dass
er mit dem in Rede stehenden W-Oberscharführer K o h l
personengleich ist. Meine Aktenfüge ich bei.

Sowohl der Landespräsident in Prag als auch
der Landespräsident in Brünn haben mitgeteilt, dass
bei ihnen keine Vorgänge betreffend Entjudungen durch
K o h l vorhanden seien.

Anlagen.

gez. von Wedelstädt



Beglaubigt:
Jahnolow
Angestellte.

St. G. IV M - 4 a / 43

22

12. d. 1943

12. d. 1943

Durchschrift an

Herrn Markes

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen :

Herrn Winkler.
zur Kenntnis und mit der Bitte auch dort etwas über W-Oberscharführer Kohl vorhandene Vorgänge anzusehen und vorzulegen.

Wie mir gemeldet wird, soll ein W-Oberscharführer namens Kohl, der in diesen Tagen zur Waffen-W einrückt, in Mährisch-Ostrau und in Prag insgesamt acht Betriebe arisiert haben. Ich möchte diesen Fall aufgreifen und dem Herrn Staatssekretär vortragen. Ich wäre deshalb für eine baldgefällige Feststellung und Mitteilung zu Dank verbunden, ob bei Ihnen Vorgänge über Oberscharführer Kohl vorhanden sind. Gegebenenfalls sind die Vorgänge anzuschliessen.



24312

g

3.) Wv. am 12. S. 1943 bei dem Unterzeichner.

12. 2. 1943

12. 2. 1943

2.) Durchschrift an
Herrn Markes

1.) Kanaler setze auf besonderen Böden :

zur Kenntnis und mit der Bitte, auch dort etwa über $\frac{1}{4}$ -Ober-
scharführer Kohl vorhandene Vorgänge auszusondern und vorzu-
legen.

Wie mir gemeldet wird, soll ein $\frac{1}{4}$ -Ober-scharführer namens
Kohl, der in diesen Tagen zur Weiten- $\frac{1}{4}$ eintrifft, in Wä-
rsch-Ostern und in Prag insgesamt acht Beträge erlangt
haben. Ich möchte diesen Fall aufgreifen und dem Herrn
Stabssekretär vorlegen. Ich wäre deshalb für eine bald-
gefallige Feststellung und Mitteilung zu Dank verbunden,
ob bei Ihnen Vorgänge über Ober-scharführer Kohl vorhanden
sind. Gegebenenfalls sind die Vorgänge anzuschließen.



54215

3.) Wv. am 12.2.1943 bei dem Unterzeichner.

h

heilungsl...
7-408/44

23

11/20

22a

3287

Urschriftlich an den Prag, den 9.3.44.
 Chef des Ministeramtes
 des Deutschen Staatsministeriums für Böhmen und Mähren
 W-Standartenführer Dr. G i e s
Prag
 nach Kenntnisnahme zurückgesandt.

78316

 v. a. *[Signature]*
 W-Standartenführer

9340

Der Abteilungsleiter V

Prag, den 9. März 1944.

- Nr. V-470/44 -

3659

15. MRZ. 1944

An

4-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betr.: Versorgung mit Arbeitsschuhen.

In Verhandlungen mit der Gemeinschaft Schuhe in Berlin konnte erreicht werden, dass Spezialschuhwerk, für das im vergangenen Jahr kein grösserer Bedarf bestand, in Arbeitsschuhwerk mit Leder-
sohle umgetauscht wurde. Dadurch ist eine verhältnismässig große Reserve geschaffen worden, die es dem Ministerium ermöglicht, den gegenwärtig auftretenden dringenden Bedarf an Arbeitsschuhwerk für die verschiedenen Bedarfsträger ausserhalb der normalen Zuteilung einigermaßen zu befriedigen. Ich habe angeordnet, die Verteilung wie folgt vorzunehmen:

- | | |
|--|--------------|
| 1. An den Beauftragten für die Berufsbekleidung und Arbeitsschuhe. 4-Oberführer Kasper | 30 000 Paar |
| 2. an öffentliche Bedarfsträger wie z.B. Eisenbahn, Post usw. | 20 000 Paar |
| 3. an die Bezirksbehörden zur Verteilung an die Land- und Forstwirtschaft | 57 000 Paar |
| 4. für Sonderfälle vorbehaltene <u>Reserve</u> | 30 000 Paar |
| | <hr/> |
| | 137.000 Paar |

Die Zuweisung für die Land- und Forstwirtschaft sowie für die öffentlichen Bedarfsträger habe ich nach genauer Prüfung deshalb so hoch bemessen, weil ihnen seit Dezember 1943 infolge des hohen Bedarfs der Industriearbeiterschaft Arbeitsschuhe mit Ledersohlen nicht mehr zugeteilt werden konnten, und da der Bedarf der Land- und Forstwirtschaft gerade im jetzigen Zeitpunkt besonders dringlich und hoch ist.

78315



SD-Leitungsamt Prag

Prag, den 17.3.1944.

Urschriftlich an den

Chef des Ministeriums des Deutschen Staatsministeriums
für Böhmen und Mähren
4-Standartenführer Ministerialrat Dr. Gies
Prag

nach Kenntnisnahme und Genehmigung zurückgesandt.

Handwritten signature
i. a. *Handwritten signature*

25

SEKRETAR
MINISTERIUM

10. April 1943

Sehr geehrte Herr Minister,
bezugnehmend auf Ihre
Erlaubnis vom 1. April 1943

haben wir...

ist

dar

...die...
...notwendige...
...die Gemeinschaft...
...Kontingentsaufteilung...
...hat dementsprechend...
...der industriellen Verlage...
...Arbeitsbesch...
...das ist mehr als dem...
...hinsichtlich der Arbeite...
...daß im Reich aus die...
...sehr erhebliche Anzahl aus...
...keine im Protektorat keine...
...Verbrauchergruppe gegenübersteht.

Wie im I. Quartal 1943 eingetretene Kürzung der Kontingentsaufteilungen an Arbeitsbesch... in Protektorat ist daher nicht... eine ungenügende Berücksichtigung der besonderen Arbeitseinsatzverhältnisse im Protektorat im Verhältnis zum übrigen Reichs-

Der Deutsche Staatsminister.

6. Januar 1944.

(p.d.)

St.M. 7/44. ✓

1.)

An
H-Brigadeführer
Staatssekretär Dr. Hayler,
Berlin,
Reichswirtschaftsministerium.

Lieber Kamerad Hayler !

Bei dem grossen Umfang, in dem Rüstungsfertigungen in das Protektorat verlagert werden, lasse ich mir die Versorgung der in Rüstungsbetrieben tätigen Arbeiter mit Berufsbekleidung und Arbeitsschuhen besonders angelegen sein, um den für eine reibungslose Durchführung der Erzeugung notwendigen Arbeitsfrieden sicherzustellen. Ich habe daher bereits vor Jahresfrist veranlaßt, daß meiner Verbindungsstelle zu den tschechischen Gewerkschaften, die vom H-Oberführer Kasper geleitet wird, aus dem gesamten dem Protektorat zur Verfügung stehenden Kontingent eine der Zahl der Industriearbeiter angemessene Menge von Arbeitsschuhen zur Verfügung gestellt wird. Da meine Verbindungsstelle in laufender enger Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Rüstungsbetrieben steht, war es ihr möglich, den wirklichen Bedarf der Arbeiter zu ermitteln und die zur Verfügung stehende Menge an Arbeitsschuhen richtig einzusetzen. Nach den mir bekanntgegebenen Kontingenten, die die Gemeinschaft Schuhe für das erste Vierteljahr 1944 festgesetzt hat, ist eine Fortsetzung der Versorgung der Industrie-

81287



arbeiterschaft mit Arbeitsschuhen in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Bei den neuen Kontingenten würde eine Fortführung der als unbedingt notwendig anzusehenden Versorgung der Industriearbeiterschaft mit Arbeitsschuhen in dem bisherigen Maße bedeuten, daß für den grossen Verbraucherreis, der neben der Industriearbeiterschaft ebenfalls auf Arbeitsschuhe angewiesen ist, nämlich Land- und Forstwirtschaft; Handwerk, Handel, öffentliche Bedarfsträger usw. keine Arbeitsschuhe mehr zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ich verkenne nicht, daß die Schuhkontingente, die von der Gemeinschaft Schuhe bisher entsprechend der Bevölkerung einheitlich für das gesamte Reichsgebiet festgesetzt worden sind, mit Rücksicht auf die immer angespannter werdende Rohstofflage sowie die zusätzliche Versorgung der bombengeschädigten Gebiete im Jahr 1944 eine Kürzung erfahren müssen. Trotzdem erscheint es mir berechtigt, im Hinblick auf die starke Heranziehung des Protektorates zu Rüstungsfertigungen von dem bisherigen Verteilungsschlüssel abzuweichen, der ausschließlich von der Bevölkerungszahl ausging, und dem Protektorat entsprechend seinen Anteil an der Rüstungsindustrie die Menge an Arbeitsschuhen zuzuteilen, die dem wirklichen Bedarf entspricht.

Im Hinblick auf die schwere Aufgabe, eine fremdvölkische Arbeiterschaft auch weiterhin für eine Steigerung der deutschen Rüstungsfertigungen einzusetzen, wäre ich Ihnen, lieber Kamerad Hayler, sehr zu Dank verbunden, wenn Sie veranlassen würden, daß die Frage der Zuteilung von Arbeitsschuhen an das Protektorat unter den von mir dargelegten Gesichtspunkten einer nochmaligen Prüfung unterzogen wird. Soweit für diese Überprüfung weitere Unterlagen erforderlich erscheinen, stehen meine Herren für eine Besprechung jederzeit zur Verfügung.

Heil Hitler !

Ihr

Der Generalreferent V 1

V 1 - 12658/43

Prag, den 30. Dezember 1943.

An den
Herrn Abteilungsleiter V
im Hause.

Handwritten: J. F. L. 30. XII. 43

Hiermit lege ich den Entwurf eines an den Herrn Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, SS-Oberführer Dr. H a y l e r gerichteten Schreibens in der Frage der Zuteilung von Arbeitsschuhen für die Industriearbeiterschaft des Protektorats vor.

Übergangsweise ist dem Beauftragten für Berufsbekleidung und Arbeitsschuhe die ihm bisher zugeteilte Menge auch für den Monat Januar 1944 zur Verfügung gestellt worden.

Die Frage der Einführung der geteilten Holzsohle sowie die Frage der für die Anfertigung von Berufsbekleidung erforderlichen Körpermenge ist in dem Entwurfsschreiben nicht erwähnt worden. Die Trageversuche der geteilten Holzsohle sind, wie Legationsrat a. D. von der Decken mitteilte, noch nicht abgeschlossen. Die Gemeinschaft Schuhe konnte daher auch eine endgültige Entscheidung über die Einführung dieser geteilten Holzsohle noch nicht treffen. Hinsichtlich der Berufsbekleidung aus Körperstoff wurde festgestellt, daß auch im Reich lebhaftes Bedenken gegen die für das Jahr 1944 in Aussicht genommenen Kürzungen geltend gemacht worden sind. Die Reichsstelle Kleidung bereitet daher eine Neuregelung der gesamten Versorgung mit Berufsbekleidung vor, die baldmöglichst in Kraft treten soll. Es erscheint daher verflüht, hinsichtlich dieses Punktes schon jetzt etwas zu unternehmen.

Handwritten notes on the left margin:
43
Kauf...

Handwritten: J. F. L. 30. XII. 43

Dezember 1944

1.) V e r m e r k.

Dem Beauftragten für Berufsbekleidung und Arbeitsschuhe ist im Rahmen der gesamten dem Protektorat zur Verfügung stehenden Menge an Schuhen im Jahre 1943 zur Versorgung der Industriearbeiter laufend ein monatliches Kontingent zugeteilt worden. Dieses betrug in den Monaten Oktober bis Dezember 1943

Arbeitsschuhe mit Ledersohle	10.000
" " Gummisohle	16.000
" " Holzsohle	31.500
Spezial-Arbeitsschuhe und Gummi-Berufsstiefel	5.000.

Nach den Kontingenten, die die Gemeinschaft Schuhe nach ihrem für das ganze Reichsgebiet einheitlichen Verteilungsschlüssel festgesetzt hat, werden dem Protektorat im ersten Vierteljahr 1944 monatlich folgende Schuhmengen zur Verfügung stehen:

Arbeitsschuhe mit Ledersohle	10.000
" " Gummisohle	50.000
" " Holzsohle	68.000
Spezial-Arbeitsschuhe und Gummi-Berufsstiefel	10.000.

Aus diesen Mengen muss der Bedarf aller Arbeiter an Arbeitsschuhen gedeckt werden, also neben der Industriearbeiterschaft auch der Bedarf der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks, des Handels sowie der öffentlichen Bedarfsträger (Böhmisch-Mährische Bahnen usw.). Selbst wenn man die Industriearbeiterschaft gegenüber den anderen Bedarfsträgern bevorzugt berücksichtigen würde, ist es bei den neuen Kontingenten nicht möglich, dem Beauftragten für Berufsbekleidung und Arbeitsschuhe auch nur annähernd die bisherigen Mengen an Arbeitsschuhen zur Verfügung zu stellen, obgleich sich schon die bisherigen Kontingente als nicht ausreichend herausgestellt haben.

An ~~Herrn~~ (Staatssekretär) im
Reichswirtschaftsministerium
Brigadeführer Dr. H a y l e r
Berlin,

Lieber Parteigenosse Hayler!

Bei dem grossen Umfang, in dem Rüstungsfertigungen in das Protektorat ~~Böhmen und Mähren~~ verlagert werden sind, habe ich mit die Versorgung der in diesen Rüstungsbetrieben tätigen Ar-

beiter mit Berufsbekleidung und Arbeitsschuhen besonders angelegen sein lassen, um den für eine reibungslose Durchführung der Erzeugung notwendigen Arbeitsfrieden sicher zu stellen. Ich habe daher bereits vor Jahresfrist veranlasst, dass meiner Verbindungsstelle zu den tschechischen Gewerkschaften, die vom ~~SS~~-Oberführer Kasper geleitet wird, aus dem gesamten dem Protektorat zur Verfügung stehenden Kontingent eine der Industriearbeiterschaft ~~angepasste~~ Menge von Arbeitsschuhen zur Verfügung gestellt wird. Da meine Verbindungsstelle in laufender enger Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Rüstungsbetrieben steht, war es ihr möglich, den wirklichen Bedarf der Arbeiter zu ermitteln und die zur Verfügung stehende Menge an Arbeitsschuhen richtig einzusetzen.

Nach den mir bekannt gegebenen Kontingenten, die die Gemeinschaft Schuhe für das erste Vierteljahr 1944 festgesetzt hat, ist eine Fortsetzung der Versorgung der Industriearbeiterschaft mit Arbeitsschuhen in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Bei den neuen Kontingenten würde eine Fortführung der als unbedingt notwendig erscheinenden Versorgung der Industriearbeiterschaft ~~in dem bisherigen Maße~~ bedeuten, dass für den grossen Verteilungskreis, der neben der Industriearbeiterschaft ebenfalls auf Arbeitsschuhe angewiesen ist, nämlich Land- und Forstwirtschaft, Handwerk, Handel, öffentliche Bedarfsträger usw. keine Arbeitsschuhe mehr zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ich verkenne nicht, dass die Schuhkontingente, die von der Gemeinschaft Schuhe bisher entsprechend der Bevölkerung einheitlich für das gesamte Reichsgebiet ~~einstell.~~ ~~des Protektorates~~ festgesetzt worden sind, mit Rücksicht auf die immer angespannter werdende Rohstofflage sowie die zusätzliche Versorgung der bombengeschädigten Gebiete im Jahre 1944 eine Kürzung erfahren müssen. Trotzdem erscheint es mir berechtigt, im Hinblick auf die starke Heranziehung des Protektorates zu Rüstungsfertigungen von dem bisherigen Verteilungsschlüssel abzuweichen, der ausschliesslich von der Bevölkerungszahl ausging, und dem Protektorat entsprechend seinem Anteil an der Rüstungsindustrie die Menge an Arbeitsschuhen zuzuteilen, die dem wirklichen Bedarf entspricht.

Im Hinblick auf die schwere, ~~mir als Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren obliegende~~ Aufgabe, eine fremdvölkische Arbeiterschaft auch weiter für eine Steigerung der

Da

deutschen Rüstungsfertigungen einzusetzen, wäre ich Ihnen, lieber Parteigenosse Hayler, sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie veranlassen könnten, dass die Frage der Zuteilung von Arbeitsschuhen an das Protektorat unter den von mir dargelegten Gesichtspunkten einer nochmaligen Prüfung unterzogen wird. Soweit für diese Überprüfung Unterlagen ~~hier aus~~ erforderlich sind, stehen meine Herren für eine Besprechung in Berlin jederzeit zur Verfügung.

Heil Hitler!
Ihr

J. U.

78309



meine Herren für eine Besprechung jederzeit zur Verfügung

Heil Hitler!

gunf. zurzeit
Verfü-

gun

Prag, den 2. Dezember 1943.

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Persönlich! Eigenhändig!

Herrn Dr. Bertsch.

Am 29.10.d.Js. habe ich in Ihrer Anwesenheit gegenüber den Betriebsführungen der Mährisch-Ostrauer Betriebe zum Ausdruck gebracht, daß die Schuhversorgung der Bergarbeiter des Mährisch-Ostrauer Reviers als besonders schlecht zu bezeichnen ist. Die an der Besprechung teilnehmenden Herren bestätigten die Richtigkeit dieser Feststellung gerade mit dem Hinweis darauf, daß in Mährisch-Ostrau gegenüber anderen Revieren besonders schlechte Arbeitsbedingungen herrschen, die ein rascheren Verschleiß des Arbeitsschuhwerks zur Folge haben. Drei Tage später, am 1.11.d. Js., legen Sie mir einen Vermerk vor, in dem Sie zu meiner größten Überraschung zum Ausdruck bringen, daß die Schuhversorgung in Mährisch-Ostrau als "ganz aussergewöhnlich gut" zu bezeichnen ist. Diese Ihre Formulierung beweist mir, daß Sie meine Feststellung einer Tatsache nicht verstanden haben oder sich nicht in dem Maße mit dem Problem befaßt haben, wie es meine Feststellung erfordert hätte. Zahlenmäßig kann man zweifellos annehmen, daß die seit dem 1.4.d.Js. gelieferten rund 20.000 Paar Schuhe für die Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau eine recht beträchtliche Menge darstellen. Man muß sich allerdings bei der Beurteilung dieser Zahl auch die Mühe nehmen, die Gesamtsituation der Mährisch-Ostrauer Schuhversorgung zu studieren. Ich habe mich nunmehr nochmals persönlich dieser Mühe unterzogen und kann daher zu dem Problem folgendes feststellen:

Eine nach den Prozentzahlen der Arbeiterschaft durchgeführte Verteilung der Arbeitsschuhe kann mit Rücksicht auf die Mährisch-Ostrauer Arbeitsbedingungen niemals das Mährisch-



32

Ostrauer Revier in gleicher Weise befriedigen, wie vielleicht andere Reviere. Schon allein aus diesem Grunde kann die Schuhversorgung von Mährisch-Ostrau niemals als ganz aussergewöhnlich gut anzusprechen sein. Dazu kommt noch, daß seit längerer Zeit gerade im Mährisch-Ostrauer Bergbau eine fühlbare Lücke in der allgemeinen Schuhversorgung besteht, besonders jedoch in der Versorgung mit Arbeitsschuhen. Es ist Ihnen bekannt, daß gerade aus diesem Grunde durch Sonderzuweisungen an die Bergarbeiter eine wesentliche Erleichterung geschaffen werden sollte. Der Sinn solcher Zuweisungen ist aber sofort hinfällig, wenn von Ihrem Ministerium Rundschreiben erlassen werden, die folgenden Text enthalten "....Da zur Deckung des Bedarfs an Arbeitsschuhwerk bei Bergarbeitern sowie bei den in Giessereien und in der eisenschaffenden Industrie beschäftigten Arbeitern vorübergehend eine besondere Maßnahme getroffen wurde, ist von der Zuweisung der Bezugs keine aus dieser Sonderzuteilung an die Arbeiterschaft dieser Industriezweige Abstand zu nehmen." (Erlaß vom 8.1.1.d.Js. - Zeichen WI /6 b 6126/43). Ein solcher Erlaß stellt für das zuständige Wirtschaftsamt eine klare Vollmacht dar, die Zuteilung von Arbeitsschuhen an die erwähnten Arbeiterkategorien nicht nur auf Grund der in dem Rundschreiben angekündigten Sonderzuteilung, sondern generell einzustellen. Durch solche Rundschreiben erleichtert sich zwar die Behörde ihre Sorgen und ihre Arbeit, sie dient aber in keiner Weise den Interessen der Arbeiterschaft und damit den Interessen des Landes. Daß eine vorhandene Lücke hierdurch nicht gestopft, sondern nur noch vergrößert wird, ist begreiflich. Die Zahl der Arbeiter steigt durch die Neueinstellungen ständig und die aus der Arbeit ausscheidenden Arbeiter geben ihre Schuhe nicht ab, sondern nehmen sie mit, da sie ihr Privateigentum sind. Meine Bemühungen, nun trotzdem eine gewisse Ordnung in die Schuhversorgung in Mährisch-Ostrau zu bringen, werden aber zweifellos dadurch wieder gestört werden, daß durch den Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 6.10.d.Js. - Zeichen

33

II/L 7/72 113/43 auch im übrigen Reichsgebiet ausgegebene Bezugscheine auf Arbeitsschuhe im Protektorat eingelöst werden können. Diese nun geschaffene Möglichkeit wird dazu führen, daß Arbeiter aus dem Reich hier ihren Bedarf decken werden und die hies. Arbeiter letzten Endes wieder leer ausgehen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Beteiligung meiner Behörde an der Herausgabe dieses Erlasses durch ihren Sachbearbeiter unsere Interessen nicht mit dem notwendigen Nachdruck vertreten worden sind. Des weiteren bin ich auch der Auffassung, daß nicht mit entsprechendem Nachdruck die Ausweichmöglichkeiten für Lederschuhe betrieben worden sind. Es wäre zweifellos möglich, auch entgegen der Auffassung Berliner Stellen gewissen Arbeiterkategorien in verstärktem Maße Schuhe mit geteilter Holzsohle zur Verfügung zu stellen, um dadurch wieder anderen Arbeiterkategorien die Versorgung mit geeignetem Lederschuhwerk zu verbessern. Obwohl ich mir durchaus klar bin, daß das Problem der Schuhversorgung vollkommen nicht zu lösen ist, muß ich Sie bitten, daß Sie sich gerade der Versorgung der Arbeiterschaft mit dem entsprechenden Schuhwerk besonders annehmen und auch auf diesem Gebiet unsere Interessen anderen Stellen gegenüber mit größtem Nachdruck vertreten.

88308

2.) Z.d.A.

Der Hauptabteilungsleiter V

Prag, den 1. November 1943.

- Nr. 2144/43 II -

34

An

W-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betrifft: Schuhversorgung der Bergarbeiter.

Auf Grund meines heutigen mündlichen Vertrags habe ich mich nochmals vergewissert, dass tatsächlich rund 39.500 Paar Arbeitsschuhe nur an Bergarbeiter gegeben worden sind, davon 52 v.H. an die Bergarbeiter des Mähr.Ostrauer-Reviere. Dies bedeutet, dass die Bergarbeiter in Mähr.Ostrau seit 1. April 1943 rund 20.000 Paar Schuhe erhalten haben, also eine ganz aussergewöhnlich gute Schuhversorgung.

Wie ich bereits mündlich berichtet habe, ist von mir veranlasst worden, dass die Arbeitsschuhe für Bergarbeiter künftig durchweg mit Blechkappen versehen werden, damit sie nicht sehr teuer der Hand an die Zivilbevölkerung verschoben werden können.

[Handwritten notes in red ink, including the word "Erfahrung" and other illegible scribbles]

Der Hauptabteilungsleiter V

- Nr. 2114/43 -

Prag, den 30. Oktober 1943

An

IV-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betrifft: Schuhversorgung der Bergarbeiter.

Unter Bezugnahme auf die gestrige Besprechung berichte ich nach Rücksprache mit Gauobmann Jng. Köster, dass seit 1. April 1943 bis heute an den Bergbau des Protektorats nicht weniger als 39 000 Paar Schuhe verteilt worden sind. Davon entfallen nach der Schlüsselzahl 52 v.M. auf die Mährisch-Osttrauer Reviere. Die Gesamtzahl der Bergarbeiter im Protektorat betrug am 1. April 1943 rund 16 000 und hat sich inzwischen auf rd. 52 000 erhöht. Für die 6 000 Neueingestellten, zu denen noch die starke Fluktuation im Bergbau tritt, sind von den Bergbaubetrieben gesonderte Anforderungen bei Ihrem Beauftragten Jng. Köster nicht geltend gemacht worden. Bei den vorhandenen Warenvorräten hätten diese Anforderungen ohne weiteres erfüllt werden können.



78304

St. M. IV 90 - 121 i / 43

35a

Staatsminister

Böhmen und Mähren

Ko/Cr.

Prag Bienen

Bergstein
Tel. 328-

An den

1/4-Obergruppenführer Staat
K.H. Frank
Prag IV

Czernin-Palast

Ministerium

31. OKT

Der Leiter der Verbindungsstelle
des Deutschen Staatsministers
Böhmen und Mähren zu den
Gewerkschaften.

Satzungsbeschluss Schreiben der Direktoren-Konferenz der
Osttrauer Steinkohlenreviers in Mähr.-Ostrau vom 1. Oktober
an die Beauftragten für Berufsbekleidung und Schuhwe.

.....
Schließlich danken wir Ihnen für Ihre erhellende
Beachtung der Erhöhung des Schahkontingentes um 300 Paar
monatlich. Wir haben wie Bergbauunternehmen davon in
Kommission

Heil Hitler !
Direktoren-Konferenz
des
Osttrauer Steinkohlenreviers
Der Vorsitzende
gez. Unterschrift.

Wenn der Möglichkeit für neueingestellte Arbeiter eine zusätz-
lich Schuhe und Arbeitsbekleidung zu fordern, wurden von den
Osttrauer Bergbauunternehmen nur vereinzelt Gebrauch gemacht,
erst nachdem Herr Romolini in der Sitzung vom 5. Oktober die
Herrn

IV 46 - 12

Der Deutsche Staatsminister

für Böhmen und Mähren

Prag ~~IX~~ den 30. Okt. 43

Fernsprecher: Prag-090

Bergstein 11

Tel. 328-10

Nr. Ing. Kö/Gr.

An den

1/4-Obergruppenführer Staatsminister
K. H. Frank,

Prag IV

Czernin-Palais

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Konten der Oberkasse:

Postsparkassenkonto Nr. 98.500 und Girokonto bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag.

Der Leiter der Verbindungsstelle
des Deutschen Staatsministers
für Böhmen und Mähren zu den
Gewerkschaften.

36
30. OKT. 1943
10 10

Betrifft: Schuhversorgung im Bergbau.

Dem Bergbau wurden in der Zeit vom 1. April bis heute von mir 39 000 Paar Schuhe zur Verfügung gestellt. Hiervon erhielt Mährisch-Ostau 52 %.

Auf die wiederholten Klagen von Mährisch-Ostau habe ich am 5. Oktober 1943 auf Vorschlag des Herrn Schestag als Vertreter der Direktoren-Konferenz meinen Sachbearbeiter, Herrn Romolini, und Herrn Ing. Settmacher von der Wirtschaftsgruppe Bergbau nach Ostau entsandt. An diesen ausschliesslich über Fragen der Bekleidung und Beschuhung gepflogenen Verhandlungen nahmen die Sachbearbeiter sämtlicher Ostauer Bergwerksunternehmen teil.

Nach dem Bericht meines Sachbearbeiters Romolini über den Stand der Beschuhung im Ostauer Revier erhöhte ich mit sofortiger Wirkung das Schuhkontingent von 15 000 auf 23 000 Paar Schuhe pro Jahr. Davon wurde der Direktoren-Konferenz in Mährisch-Ostau mit Schreiben vom 7. Oktober Mitteilung gemacht und diese bestätigte mir die Kenntnisnahme von der Erhöhung des Kontingentes in einem Schreiben vom 13. Oktober, das ich auszugsweise in Abschrift beifüge.

Von der Möglichkeit für neueingestellte Arbeitskräfte zusätzlich Schuhe und Arbeitsbekleidung zu fordern, wurde von den Ostauer Bergbauunternehmen nur vereinzelt Gebrauch gemacht. Erst nachdem Herr Romolini in der Sitzung vom 5. Oktober die

Herren

Herren auf diese Möglichkeit neuerdings aufmerksam machte, werden die Anforderungen von den Betrieben vorgelegt, jedoch in einem derartigen Umfang, dass dadurch neuerdings die turnusmässige Versorgung gefährdet wird.

Nach Angabe des Herrn Schestag reicht auch die von mir ausgesprochene Erhöhung nicht aus. Eine weitere Erhöhung des Kontingentes für Bergarbeiterschuhe würde sich auf der anderen Seite dahingehend auswirken, dass die Schuhversorgung in der Rüstungsindustrie noch mehr geschwächt würde und dadurch zwangsläufig zu Verstimmung führen müsste.

Ich bitte anzuordnen, dass mir das Gesamtkontingent an Lederschuhen unbedingt erhöht wird, um den notwendigen Bedarf Mährisch-Osttraus zu decken.

Rein.
(Ing. Köster)



78302

34

Auszug aus dem Schreiben der Direktoren-Konferenz des
Ostrauer Steinkohlenreviers in Mähr.-Ostrau vom 13. Oktober 43
an den Beauftragten für Berufsbekleidung und Arbeitsschuhe.

.....

Schliesslich danken wir Ihnen für Ihre erfolgreichen Bemühungen in der Erhöhung des Schuhkontingentes um 665 Paar monatlich. Wir haben die Bergbauunternehmungen davon in Kenntnis gesetzt.

Heil Hitler !
Direktoren-Konferenz
des
Ostrauer Steinkohlenreviers
Der Vorsitzende
gez. Unterschrift.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

I.
Prag, den

38

Nr.

BERGSTEIN 11

Schrift: 125-28, 128-28
Prag I, Bergstein 11, 29.X.1943.

Es wird geboten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Konten der Oberkasse:

Postsparkassenkonto Nr. 98.600 und Girokonto bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag.

Verbindungsstelle

DES REICHSPROTEKTORS ZU DEN GEWERKSCHAFTEN
IN BÖHMEN UND MÄHREN

Referat:

An

SS-Obergruppenführer Staatsminister

K.H. Frank,

Prag IV.-Czerninpalais.

Betrifft: Versorgung des Bergbaus mit Arbeitsschuhen.

In der Anlage übersende ich eine Aufstellung über die Versorgung des Bergbaus mit Arbeitsschuhen.

Aus der Aufstellung geht hervor, dass in der Zeit vom 1. April 1943 bis Mitte Oktober 1943 38.364 Paar Schuhe ausgegeben wurden, wovon 34.173 Paar Schuhe allein vollwertiges Lederschuwerk sind.

Durch die Verkürzung des Anteils an vollwertigen Lederschuhen erwies sich die Versorgung des Bergbaus unmöglich und habe ich daher im August um Erhöhung des Kontingents an Grubenschuhen ersucht. Diesen meinen Vorstellungen wurde im Monat Oktober entsprochen und beträgt die monatliche Erhöhung ungefähr 1.200 Paar, d.h. 15.000 Paar im Jahr. Diese Erhöhung des Kontingents hat sich bis jetzt noch nicht ausgewirkt. Die laufende Versorgung im Erneuerungsturnus ist dadurch beeinträchtigt, da die neu eingesetzten Arbeitskräfte im Bergbau sofort bei Arbeitsantritt mit Grubenschuhen ausgestattet werden, was selbstverständlich zu Lasten der gesamten Versorgung geht. Weiteres haben sich des Öfteren Fälle ereignet, dass neueingesetzte Arbeitskräfte nach kurzer Zeit ausgeschieden und hierbei das Schuhwerk mitnahmen. Sie waren hierzu berechtigt, da die Bezugscheinne auf den Arbeitnehmer lauten und auch vom Arbeitnehmer bezahlt werden.



Köster
/Ing.Köster/

39

Versorgung des Bergbaues.

Versorgung mit Schuhen:

Mit 1. April 1943 wurde von der Dienststelle die Versorgung der Arbeitnehmer in der Industrie übernommen. Seit diesem Zeitpunkt wurden an den Bergbau zur Verteilung gebracht:

Grubenschuhe mit eisenbeschlagener Kappe	15.031	Paar
Schnürschuhe mit Ledersohlen	11.795	"
" " Gummisohlen	6.647	"
Knobelbecher	500	"
Berufsschuhe/Halbschuhe mit Ledersohlen/	200	"
Vollwertiges Schuhwerk	34.173	"
Schuhe mit Holzsohlen	3.891	"
Leichte Strassenschuhe	300	"

Ausserdem Gummiberufsstiefel/Versorgg. ab 23.7.43 78.364 " 1.100 "

Aus einer Hilfsaktion im Dezember 1942 wurden dem Bergbau zugewiesen:

Arbeitsschuhe mit Ledersohlen	1.930	Paar
" " Gummisohlen	10.850	"
	12.780	"

Die erhöhte Zuweisung an Gummisohlen erfolgte auf Wunsch des Bergbaues.

Zur Erklärung der Schwierigkeiten in der Versorgung mit Lederschuhen ist zu beachten, dass die Zuteilungen des Ministeriums betragen:

IV-VI.43- 50% Ledersohlen / ab VII.43- 44% Leder- / Gummisohlen incl. Grubenschuhe	
40% Gummisohlen	47% Holzsohlen
10% Holzsohlen	9% Spezialschuhe, die bisher noch nicht zugewiesen wurden.

Die Zeit vom 1.4.- 31.6. mit vollen Kontingenten an hochwertigem Schuhwerk war zu kurz, um die aufgetretenen Versorgungslücken zu schliessen. Ab 1. Juli 1943 musste die Bevorzugung des Bergbaues mit vollwertigem Schuhwerk zu Lasten der übrigen Industrie gehen. Tatsächlich beträgt der Anteil an Holzschuhen im Bergbau seit dem 1. Juli 1943 ca. 24% gegenüber einem ca. 60%igen Anteil, wie das Ministerium die Schuhe zuweist. Auf meine Vorstellungen hat das Ministerium aus den bisher nicht zur Verteilung gebrachten Spezialschuhen weitere 2% in Form von Grubenschuhen freigemacht.

Ich benutze die Gelegenheit mitzuteilen, dass mich das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit mit Schreiben W 1/6b-476.590/1943 vom 18. 10.43 aufmerksam machte, dass im ersten Vierteljahr 1944 mit weiterer wesentlicher Kürzung der Kontingente an Arbeitsschuhen gerechnet werden muss und empfiehlt daher äusserste Sparsamkeit bei der Verteilung sowie die Anlegung von Reserven.

An Bekleidung wurde ausgegeben:

Berufsbekleidung /Körper/ beginnend mit dem 21.11.42	
Jacken	5.880 Stück
Hosen	5.200 "
Anzüge zweiteilig	9.748 "
Overalls	500 "

II.

Mäntel	570	Stück
Schürzen	618	"
Berufshose mit Latz f. Frauen	625	"
<u>Arbeitsbekleidung aus Einheitsstoff</u>		
Joppen	5.875	"
Hosen	10.725	"
komplette Anzüge	1.111	"
<u>Bergmannsspezialbekleidung/Tustian:</u>		
Joppen	19.650	"
Hosen	39.650	"
Komplette Anzüge	2.179	"
in Lehrlingsgrößen:		
Joppen	500	"
Hosen	800	"
komplette Anzüge	55	"
Bergmannshemden	32.075	"
" -Unterhosen	10.600	"
Komplette Garnituren	5.000	"
<u>An Reserven verfüge ich:</u>		
Bergarbeiterhemden	13.615	"
" -Unterhosen	6.629	"

40

Die Wäsche wurde zur. Le gehalten, um zu Weihnachten freigemacht zu werden. An Körperbekleidung sowie Arbeitsbekleidung aus Einheitsstoff sind Reserven vorhanden. An Bergmannsbekleidung bestehen derzeit keine Reserven.

An Schuhen mit Leder- und Gummisohlen sind kleine Reserven vorhanden, die während der Sommermonate für die Schlechtwetterperiode dadurch eingespart wurden, dass in den minderwertigen Industrien fast ausschließlich Schuhe mit Holzsohlen und Berufsschuhe verteilt wurden. An Grubenschuhen verfüge ich derzeit über 5000 Paare, welche zur Bedarfsdeckung für die Monate November, Dezember sowie des erwarteten Arbeitseinsatzes zur Verwendung kommen. Bestände, welche als Reserven zu bezeichnen sind, sind nicht vorhanden.

Ich bemerke, dass ich neuingesetzte Arbeitskräfte über Anforderung sowohl mit Arbeitsbekleidung als auch mit Arbeitsschuhen versorge und dass die Schächte im vorhinein bei mir Antrag stellen derart, dass die Arbeiter bei Eintreffen am Schacht sofort eingekleidet und beschuh werden können.

Zum Gesamtbild über die Versorgung des Bergbaues möchte ich bemerken, dass die Versorgungsquote seit Nov. 42 an Bekleidung ca. 146%, für Wäsche ca. 60% beträgt. Bei der Versorgung mit Schuhen beträgt der Befriedigungskoeffizient seit April 43 über 70%. Bei der Verteilung an die einzelnen Schächte nimmt die Wirtschaftsgruppe auf die lokalen Erfordernisse in weitesten Masstab Rücksicht.

Das Bild, das sich dem Besucher eines Bergbaues bietet, entspricht in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen der Belieferung, da der Bergmann seit jeher in den Schacht nur jene Kleider und Schuhe anzog, die Gebertag absolut nicht mehr getragen werden konnten.

Die angeführten Befriedigungskoeffizienten bestätigen auch diese allgemeine Beobachtung, die bei genauer Nachforschung beim einzelnen Bergmann stets Bestätigung finden. Gelegentlich eines Besuches der Gruben in Pibrans hatte Herr ORR Dr. v. Hülsen selbst Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, dass die Bergleute nur mit Lumpen bekleidet waren und an den Füßen Fragmente von Schuhen hatten, aber auf eindringliches Befragen zugeben mussten, dass sie sowohl mit Bekleidung als auch mit

40a

Schuhen beteiligt worden sind, es jedoch vorzuziehen, diese neuen Sachen sich für Uebertag aufzuheben und in den Schacht, nur jenes zu nehmen, was Uebertag oben nicht mehr tragbar ist.

26. X. 1893.

Kausol



78299

1

St. W. IV W. - 19/438

49

76753 — 77128.

Sp. of *Stenocentrus*

St.M. IV M - 19⁷a/43.

Prag, den 12. Juli 1944.

42

M.
12. VII. 1944

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Obersturmbannführer Jacobi.

In Sachen Besuch einiger großer Werke durch W-Obergruppenführer Frank bitte ich um die baldgefällige Erledigung der hies. Zuschrift vom 17.8.v.Js. - Zeichen St.S. IV M - 19 p/43.

W-Standartenführer.

10718



2.) Wv. am 12.⁷³ 1944 bei dem Unterzeichner.

Wiedernorgelegt am 12. 12. 44

19. VIII. 1943

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Obersturmbannführer Jacobi.

W-Obergruppenführer Frank hat auf den dort. Bericht vom 31.5.d.Js. - Zeichen III D 5 - SA 367, betreffend Verhalten der tschechischen Arbeiterschaft, handschriftlich verfügt: "Besuch in einigen großen Werken". Ich gebe hiervon Kenntnis und wäre dankbar, wenn Sie einen Vorschlag vorlegen würden, welche Werke besichtigt werden sollen und welcher Programmablauf hierbei zweckmäßig erscheint.

W-Oberführer Bertsch hat um die Genehmigung nachgesucht, den einschlägigen Bericht dem Rüstungsinspekteur bekannt zu geben. Ich bitte hierzu um Ihre baldgefällige Stellungnahme.

80618
10


W-Obersturmbannführer.

2.) Wv. am 17. ^{23.} 1943 bei dem Unterzeichner.

Wiedergelegt am ~~17.9.43~~
17.12.43

Sicherheitsdienst des Reichführers-
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch, 31. Mai 1943.
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

44

III D 5 - SA 367.

*Defizit im neuen
großen Markens.*

An den
Herrn Staatssekretär beim
Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Böhmen und Mähren,
Gruppenführer K. H. Frank,
Prag.

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
- 8. JUNI 1943

Gef. 2.6.43

Betr.: Verhalten der tschechischen Arbeiterschaft.
Vorg.: Laufend.

*Leistung von
Reife für politische Aufklärung
mit...
- 11/7/43*

Die gesamte Arbeiterschaft in Böhmen und Mähren gerät in zunehmendem Maße immer mehr unter den Einfluß der politischen, insbesondere der kommunistischen Agitation. Selbst von tschechischen Arbeitern werden als Beweis hierfür die in letzter Zeit so zahlreich erfolgten Verhaftungen angeführt. Die versteifte Haltung erfaßt nunmehr auch solche Arbeiterkreise, die sich bisher wenig um Politik gekümmert haben und ihr Heil mehr in der sozialen Besserstellung gesucht haben.

Neben den Zwangsmaßnahmen für den totalen Einsatz - insbesondere Fraueneinsatz -, denen die tschechische Bevölkerung stets politische Hintergründe beigemessen hat, trägt vor allem der Londoner Rundfunk, der das Evangelium der Tschechen genannt wird, zur Steigerung der Deutschfeindlichkeit und zur Abschwenkung weiter Kreise zum Kommunismus bei. Diese Entwicklung wird von positiv eingestellten Tschechen umso mehr bedauert, als bereits ganz bemerkenswerte Ansätze zur Gewinnung des tschechischen Arbeiters für den Reichsgedanken vorhanden waren. Heute könne aber keinesfalls mehr von der Loyalität der Arbeiterschaft gesprochen werden. Einen großen Anteil an der Politisierung der Arbeiterschaft hat die Intelligenz, die sich um diese Entwicklung sehr bemüht und allen deutscherseits erlassenen Maßnahmen stets politische Gründe unterschiebt. Sie

St. G. IV M - 19 p / 430

ist es, die den Arbeitern klar macht, daß die soziale Besserung nur eine scheinbare ist und daß sich an dem Lebensstandart mit Rücksicht auf die erhöhten Preise und auf die kriegsbedingten Einschränkungen nichts gebessert habe. Nur darauf ist es zurückzuführen, daß die bisher mit ihrer sozialen Lage zufriedenen tschechischen Arbeiter immer mehr zur politischen Unzufriedenheit neigen.

Während früher bei den tschechischen Arbeitern nur selten ein ausgeprägtes Nationalgefühl festgestellt werden konnte, entwickeln sie heute immer mehr nationales Bewußtsein, das aus den Deutschen nicht nur politische Gegner, sondern den nationalen Feind macht. Am deutlichsten zeigt sich diese Tendenz an den unter der Arbeiterschaft verbreiteten Schlagworten über die Germanisierung und nationale Unterdrückung. In diesem Zusammenhang erscheint es bezeichnend, daß Arbeiter über Schulfragen, die sie bisher nicht berührten und als Sache der Intelligenz ansahen, Feststellungen treffen und sich darin unterdrückt fühlen.

Vor allem, so wird aus Königgrätz gemeldet, hat die anfangs den Deutschen gezollte Achtung stark nachgelassen. An dieser Geringschätzung, von der der deutsche Soldat ausgenommen ist, seien die Deutschen, wie sich viele Tschechen äußern, selbst schuld. Die Begründung wird vor allem in der eingerissenen Protektionswirtschaft, die oft an Korruption grenze, gesehen und dabei auf die zahlreichen Verhaftungen von Reichsangehörigen verwiesen. In deutschen Kreisen wird diese Schuld an der Einbuße des Ansehens vor allem den " Großverdienern " zugeschrieben, die den Interessendes Volkes oder den Maßnahmen des Krieges nicht nur kein Verständnis entgegenbrächten, sondern diese sogar sabotierten.

Diese Erfahrungen, so wird häufig betont, konnten auch in den Ostgebieten gemacht werden, wo die gleichen Elemente aus der anfangs deutschfreundlichen Einwohnerschaft Kämpfer mit der Waffe gegen das Reich machten. Diese Tatsachen seien auch den Tschechen nicht verborgen geblieben. Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn die tschechischen Arbeiter, wie sie selbst

46

äußern, an einem Benehmen Anstoß nehmen, das sogar unter der deutschen Bevölkerung zu Spannungen und Spaltungen führt. In diesem Zusammenhang wird tschechischerseits auf das Beispiel der weißen Armee in Rußland hingewiesen, die angeblich auch nur durch eingerissene Korruption zu Fall kam und nur dadurch der Kommunismus die Oberhand gewinnen konnte.

Selbst die Bemühungen der Nationalen Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer um die Betreuung der tschechischen Arbeiterschaft stoßen bei dieser immer mehr auf Ablehnung. Obwohl den der Unterhaltung dienenden Veranstaltungen bisher eine günstige Auswirkung nicht abgesprochen und vor allem die sozialen Einrichtungen von den Arbeitern mit Genugtuung aufgenommen wurden, macht sich sogar gegen die Erholungsaktion 1943 eine Abneigung bemerkbar. Einzelheiten über die stimmungsmäßige Auswirkung dieser Aktion konnten mit Rücksicht auf die kurze Anlaufzeit noch nicht in maßgeblichem Umfange erfaßt werden.

Wie sehr sich der tschechische Arbeiter von einer seiner Ansicht nach gleichberechtigten Behandlung angesprochen fühlt und wie sehr sich solche Anlässe auf die tschechische Arbeiterschaft günstig auswirken, zeigt der Empfang tschechischer Arbeiter durch die Landesbehörde in Brünn. Dabei konnten folgende Äußerungen von Arbeitern erfaßt werden, die an diesem Empfang teilgenommen hatten. " Der Nationalsozialismus wurde uns praktisch vorgeführt " - " es wurde uns gezeigt, daß wir Arbeiter, Staat und Führung zusammengehören und zusammenarbeiten können " - " etwas ähnliches hat es früher nicht gegeben." Am bezeichnendsten ist die Äußerung " zur Zeit der Demokratie mußten wir uns, wenn wir Benesch sehen wollten, stundenlang auf die Straße stellen, während wir heute mit führenden Persönlichkeiten an einem Tisch Platz nehmen dürfen." Auch aus den Briefen tschechischer Arbeiter im Reich, deren Inhalt ebenfalls in irgend einer Weise auf die Stimmung der Arbeiterschaft einwirkt, geht hervor, daß der tschechische Arbeiter mehr Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zeigt, wenn er sich gut oder gleichberechtigt behandelt fühlt.

Lersch

77-Obersturmbahnführer

47
Der Deutsche Staatsminister

für Böhmen und Mähren

Nr. Ing. K/H

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Konten der Oberkasse:

Postsparkassenkonto Nr. 98.500 und Girokonto bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag.

Verbindungsstelle

**DES DEUTSCHEN STAATSMINISTERS ZU DEN
GEWERKSCHAFTEN IN BÖHMEN UND MÄHREN**

Referat: **Der Leiter**